



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
 Analyses des votations fédérales  
 Analisi delle votazioni federali

# Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. Sept. 2002

Fabian Mahnig, Thomas Milic

Abstimmungsergebnisse	JA	NEIN
<b>Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)»</b>	<b>985'224 47.6%</b>	<b>1'083'802 52.4%</b>
<b>Gegenentwurf der Bundesversammlung «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»</b>	<b>984'590 48.2%</b>	<b>1'057'327 51.8%</b>
<b>Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)</b>	<b>971'775 47.4%</b>	<b>1'078'112 52.6%</b>
Stimmbeteiligung	44.9%	



GfS Forschungsinstitut  
 Geschäftsbereich Politik und Staat  
 Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern  
 Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19  
 e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Zürich

Institut für Politikwissenschaft  
 Karl-Schmid-Strasse 4, 8006 Zürich  
 Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25  
 e-mail: milic@pwi.unizh.ch

VOX Nr. 78

IPZ Bibliothek  
 Politische Wissenschaft

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich.

## Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

Gesamtverantwortung: Prof. Ulrich Klöti  
Analyse/Auswertung: Fabian Mahnig, Thomas Milic

## GfS-Forschungsinstitut, Geschäftsbereich «Politik und Staat» (Bern)

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp  
Projektleitung: Lukas Golder  
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally  
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich  
CATI-Support: Dragan Ljubisavljevic  
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2002) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

## Zitierweise

Vorliegende Nummer: Fabian Mahnig und Thomas Milic (2002): Analyse der eidg. Abstimmung vom 22. September 2002, VOX Nr. 78, GfS und Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung ....</b>	<b>5</b>
1.1 Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation.....	5
1.2 Die Beteiligung .....	6
1.3 Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmentscheids und Mediennutzung.....	8
<b>2. Die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und der Gegenentwurf der Bundesversammlung «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» .....</b>	<b>9</b>
2.1 Die Ausgangslage .....	9
2.2 Wahrnehmung der Vorlagen .....	10
2.3 Das Abstimmungsprofil.....	12
2.4 Die Entscheidmotive.....	15
2.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	17
2.6 Inskünftige Verwendung des Nationalbankengoldes.....	22
<b>3. Die Referendumsabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ....</b>	<b>23</b>
3.1 Die Ausgangslage .....	23
3.2 Die Wahrnehmung.....	24
3.3 Das Abstimmungsprofil.....	25
3.4 Die Entscheidmotive.....	28
3.5 Pro- und Kontra-Argumente.....	30
<b>4. Methodischer Steckbrief .....</b>	<b>32</b>
<b>5. Hauptresultate der Abstimmungsanalyse vom 22. September 2002 .....</b>	<b>33</b>

Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kanton	Stimm- beteiligung in %	Gold- initiative % Ja	Gegen- entwurf % Ja	Stichentscheid pro Gegenentwurf % Ja	EMG % Ja
Schweiz	44.9	47.6	48.2	51.7	47.4
Zürich	49.7	46.5	50.6	53.2	50.0
Bern	41.9	47.3	50.2	52.7	50.4
Luzern	45.4	44.0	49.7	54.7	57.4
Uri	38.8	47.9	48.8	52.2	52.9
Schwyz	47.7	56.5	39.1	41.8	52.2
Obwalden	43.9	41.2	43.4	52.9	57.2
Nidwalden	68.3	40.4	42.9	52.9	54.8
Glarus	41.0	57.9	37.9	40.1	45.2
Zug	54.4	43.0	49.8	54.4	58.7
Freiburg	39.7	46.1	47.8	52.7	42.3
Solothurn	47.8	49.9	45.5	48.7	49.0
Basel-Stadt	52.2	46.1	55.9	56.6	52.4
Basel-Landschaft	45.8	49.3	47.7	50.2	55.1
Schaffhausen	64.2	48.8	49.4	51.2	46.6
Appenzell A. RH.	49.0	48.8	40.6	47.2	45.3
Appenzell I. RH.	41.4	46.2	36.3	46.7	48.0
St. Gallen	42.3	51.3	43.2	46.9	48.1
Graubünden	38.5	48.1	48.1	50.8	53.0
Aargau	41.5	52.5	42.2	45.4	51.4
Thurgau	45.4	53.3	43.4	45.6	46.7
Tessin	36.0	57.0	47.7	45.3	38.8
Waadt	44.9	45.2	47.8	53.1	31.3
Wallis	33.2	41.9	46.8	57.2	42.4
Neuenburg	50.6	43.1	53.8	57.4	37.6
Genf	50.4	42.6	51.7	58.4	37.4
Jura	35.1	43.3	55.1	58.8	35.0

Quelle: <http://www.admin.ch> und [www.abstimmungen.ch](http://www.abstimmungen.ch)

# 1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung

## 1.1. Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation

Am 22. September 2002 hatte das Volk über zwei Vorlagen zu befinden: Einerseits über die von der SVP eingereichte Volksinitiative zur Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank für den AHV-Fonds («Goldinitiative») und den damit verbundenen Gegenvorschlag des Bundes («Gold für AHV, Kantone und Stiftung»), andererseits über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten bei der ersten Vorlage gleich drei Abstimmungsfragen zu beantworten: Erstens die Frage nach der Annahme der Goldinitiative, zweitens die Frage nach der Annahme des Gegenvorschlages, und drittens die Stichfrage für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen worden wären.

Die Bedeutung der Vorlagen konnten die Befragten sowohl für sich selbst wie auch für das Land auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen. *Tabelle 1.2.* zeigt, dass der Goldinitiative sowohl persönlich als auch für das Land die grösste Bedeutung zugemessen wurde (Werte von 5.2 resp. 6.6), allerdings nur mit langfristig durchschnittlichen Werten. Sowohl der Gegenvorschlag des Bundes als auch das EMG wurden als persönlich und für das Land weniger wichtig eingestuft (Werte von 4.8 resp. 6.3) und kamen unter den Durchschnittswerten von 1993 bis 2001 zu liegen. Dies erstaunt beim EMG insofern nicht, als bereits die energiepolitischen Vorlagen vom September 2000 nur durchschnittliche Bedeutungswerte erreichten.

Tabelle 1.2: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen für das Land und für sich selbst

Merkmal / Kategorie	Goldinitiative	Gegenentwurf	EMG	Durchschnitt 1993-2001
Bedeutung ...*				
für das Land	6.6	6.3	6.3	6.8
für sich selbst	5.2	4.8	4.8	5.1

\* Die Werte beschreiben das arithmetische Mittel der Einschätzung durch die Stimmberechtigten. Alle Befragten konnten die Bedeutung auf einer Skala von 0 bis 10 angeben. 0 steht für «bedeutungslos» und 10 für «von sehr grosser Bedeutung». Die Werte sind gewichtet. Zur Gewichtung siehe «Methodischer Steckbrief».  
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Obwohl den Vorlagen insgesamt mittlere Bedeutung zugemessen wurde, konnte sich vor allem bei der Goldinitiative ein hoher Anteil der Befragten ans Abstimmungsthema erinnern (69%). Dies steht im Einklang mit der Bedeutungswahrnehmung. Ernüchternd sind die Kenntniswerte für den Gegenvorschlag: Nur gerade 30 Prozent der Befragten konnten sich noch an das Thema erinnern, obwohl die Grundfrage, nämlich die Verwendung der überschüssigen Goldreserven, die gleiche war wie bei der Goldinitiative. An das Thema des EMG konnte sich noch knapp die Hälfte der Befragten erinnern, auch hier war der Unterschied zwischen Stimmenden und Nicht-Stimmenden ausgeprägt.

Tabelle 1.3: Kenntnis Abstimmungsthema

Merkmale / Kategorie	Goldinitiative	Gegenentwurf	EMG
<b>Thema der Vorlage genannt:</b>			
Stimmende	88	45	67
Nicht-Stimmende	54	17	35
Total*	69	30	49
<small>Die Werte in Klammern geben die Rangierung in der Bedeutungszuschreibung an.                      * Die Werte sind gewichtet. Zur Gewichtung siehe «Methodischer Steckbrief».                      © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.</small>			

Die Goldinitiative wurde vor allem von älteren Stimmberechtigten als sehr wichtig angesehen (Werte von 8 bis 10 auf einer Skala von 0 bis 10), jeweils über 43 Prozent der 60- bis 69jährigen und 42 Prozent der über 70jährigen massen ihr eine sehr hohe persönliche Bedeutung zu, während dieser Anteil bei den 18- bis 29jährigen nur 14 Prozent betrug. Betrachtet man die Parteiaffinität, so massen SympathisantInnen der SVP der Initiative wenig überraschend eine deutlich höhere Bedeutung zu als Anhänger anderer Parteien. Beinahe die Hälfte der Stimmberechtigten, die sich selber am rechten Rand des politischen Spektrums sahen, stufte die Goldinitiative als äusserst wichtig ein. Bei denjenigen, die sich links aussen einordneten, betrug dieser Anteil 16 Prozent. Darüber hinaus wurde die Initiative in der Deutschschweiz als weniger wichtig betrachtet als in den übrigen Sprachregionen: 57 Prozent der WestschweizerInnen massen ihr grosse oder sehr grosse Bedeutung bei, gegenüber 46 Prozent in der Deutschschweiz. Bei der Bedeutungseinschätzung des Gegenvorschlages ergibt sich ein sehr ähnliches Bild, mit Ausnahme der Parteiaffinität, da die SympathisantInnen der SVP den Gegenentwurf als nicht wichtig betrachteten. Die Korrelation in der Bedeutungseinschätzung von Goldinitiative und Gegenentwurf ist hoch: Wer der einen Vorlage eine hohe persönliche Bedeutung beimass, tat dies mit grosser Wahrscheinlichkeit auch bei der zweiten. Sowohl bei der Goldinitiative als auch beim Gegenvorschlag zeigte sich, dass die BefürworterInnen der jeweiligen Vorlage sie als wichtiger einstufen als die GegnerInnen.

Auch dem EMG massen die Stimmberechtigten in der Westschweiz eine grössere Bedeutung zu als diejenigen in der Deutschschweiz, und auch hier waren es vor allem die älteren Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die dem EMG eine hohe Relevanz zusprachen, jedoch lassen sich keine signifikanten Unterschiede in der Bedeutungszumessung zwischen BefürworterInnen und Gegnerschaft des EMG erkennen.

## 1.2 Die Beteiligung

Die Stimmbeteiligung erreichte mit knapp 45% einen durchschnittlichen Wert. Die Analyse der für die Beteiligung ausschlaggebenden Variablen bringt dabei keine neuen Erkenntnisse: Vor allem Personen, die ein hohes Interesse an Politik aufwiesen, begaben sich an die Urne (79%). Wer dagegen kaum oder gar kein Interesse an Politik bekundete, blieb der Abstimmung auch mehrheitlich fern (Teilnahme von 22% resp. 15%). Die Parteiaffinität spielte insofern eine Rolle, als dass Stimmberechtigte mit Affinität zu einer

Tabelle 1.4: Beteiligung nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	Teilnahme in %	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>	
Total Vox (gewichtet)	45	997		
<i>Interesse an der Politik</i>				
sehr interessiert	79	171	V = 0.45***	
eher interessiert	55	412		
eher nicht interessiert	22	286		
überhaupt nicht interessiert	15	120		
<i>Parteiaffinität</i>				
SP	59	157	V = 0.28***	
CVP	(60)	45		
FDP	59	83		
SVP	64	105		
Andere Partei	46	154		
Keine Partei	33	393		
<i>Alter</i>				
18 bis 29 Jahre	24	181	V = 0.26***	
30 bis 39 Jahre	35	217		
40 bis 49 Jahre	52	171		
50 bis 59 Jahre	57	159		
60 bis 69 Jahre	61	127		
70 Jahre und mehr	51	142		
<i>Einordnung auf Links/Rechts-Achse</i>				
Linksaussen	53	57	V = 0.13*	
Links	53	171		
Mitte	44	372		
Rechts	61	128		
Rechtsaussen	52	54		
Weiss nicht	24	204		
<i>Wertpräferenz Privatisierung</i>				
Staatsbetriebe privatisieren	35	149		V = 0.10**
Gemischte Wertvorstellungen	48	258		
Staatsbetriebe behalten	49	525		
<i>Sprachregion</i>				
			n.s.	
<small><sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».                      © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.</small>				

der vier Bundesratsparteien deutlich häufiger an der Abstimmung teilnahmen als solche mit anderen oder keinen Parteibindungen. Wo sich bei früheren Abstimmungen ein Mobilisierungsproblem der Linken gezeigt hatte, scheint es jetzt eher in der politischen Mitte zu einer schwächeren Teilnahme gekommen zu sein. Dazu nahm von den Personen, die sich auf der Links/Rechts-Achse nicht einzuordnen wussten, nur knapp ein Vier-

tel an der Abstimmung teil. Was die unterschiedlichen Wertpräferenzen angeht, so zeigt sich, dass die BefürworterInnen einer Beibehaltung von Staatsbetrieben stärker an der Abstimmung teilnahmen als die BefürworterInnen von Privatisierungen. Dies ist vor allem im Hinblick auf den knappen Ausgang der EMG-Abstimmung von besonderem Interesse, denn die PrivatisierungsgegnerInnen legten, wie das Kapitel zum EMG ausführen wird, mehrheitlich ein Nein in die Urne. Bei den sozialen Merkmalen bestätigte sich einmal mehr, dass ältere Stimmberechtigte häufiger an Abstimmungen teilnehmen. Erstaunlich ist dagegen, dass die Teilnahme keine signifikanten sprachregionalen Unterschiede aufweist, obwohl sich bei früheren Abstimmungen häufig eine schwächere Beteiligung in der Romandie beobachten liess. Erklären lässt sich dies mit der höheren Bedeutungseinschätzung der Goldinitiative und des EMG in der Westschweiz.

### 1.3 Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmensentscheids und Mediennutzung

Um die individuelle Meinungsbildung der Stimmenden zu beurteilen, wird die subjektiv empfundene Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung analysiert. Grundsätzlich fällt es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei materiell weniger komplexen Vorlagen leichter, einen Stimmensentscheid zu fällen, als bei komplexen Vorlagen. Vergleicht man nun die beiden Vorlagen zur Nutzung des Nationalbankgoldes mit dem EMG, so zeigt sich, dass erstere zu den weniger komplexen Vorlagen zählten, wohingegen das EMG eine höhere materielle Komplexität aufwies. 70 resp. 65 Prozent der Stimmenden fiel der Entscheid bei der Goldinitiative und dem Gegenentwurf leicht. Erstaunlich ist dieses Resultat im Vergleich mit der Kenntnis der Abstimmungsthemen: Obwohl diese bei der Goldinitiative deutlich über derjenigen des Gegenvorschlages lag, fiel den Stimmenden der Entscheid ähnlich leicht. Eine Erklärung dafür ist die thematische Verbindung der Initiative und des Gegenvorschlages, die sich in einer sehr hohen Korrelation sowohl der Entscheidungsschwierigkeit als auch des Entscheidungszeitpunktes ausdrückt: Wer den Entscheid in einer der beiden Vorlagen als eher leicht empfand, tat sich auch mit dem Entscheid in der anderen Vorlage nicht schwer. Gleichermassen war der Entscheidungszeitpunkt für beide Vorlagen fast immer der gleiche, auch dies lässt den Schluss zu, dass für die meisten Stimmenden die Meinungsbildung und der Zeitpunkt des Stimmensentscheides simultan abliefen. Beim EMG taten sich die Stimmenden mit dem Entscheid etwas schwerer: Die Vorlage schien komplexer, so dass 43 Prozent der Stimmenden mit dem Stimmensentscheid Mühe bekundeten.

Für die Hälfte der BefürworterInnen der Goldinitiative stand der Stimmensentscheid schon von Anfang an fest (insgesamt 44%), bei den GegnerInnen der Goldinitiative lag dieser Wert bei 40 Prozent. Für über drei Viertel der Stimmenden war der Entscheid jedoch sowohl bei der Goldinitiative als auch beim Gegenvorschlag schon vor der letzten Woche vor der Abstimmung gefallen. Die höhere Komplexität der EMG-Vorlage spiegelt sich auch im Zeitpunkt des Entscheides wider: Ein Drittel der Stimmenden konnte sich erst in der letzten Woche vor der Abstimmung zu einem Entscheid durchringen, und der Anteil, für den der Entscheid schon von Beginn an feststand, war bedeutend kleiner als bei den beiden anderen Vorlagen.

Tabelle 1.5: Schwierigkeit bei der Meinungsbildung und Entscheidungszeitpunkt (in Prozent) Nur Teilnehmende

Merkmal / Kategorie	Goldinitiative	Gegenentwurf	EMG	Mittelwert
<i>Schwierigkeit des Entscheides</i>				1981–1999
Eher leicht	70	65	51	52
Weiss nicht	4	4	6	16
Eher schwer	26	31	43	32
<i>Zeitpunkt des Entscheides</i>				1988–1999
Von Beginn weg klar	44	43	33	40
2 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	33	34	36	40
1 Woche bis 1 Tag vor der Abstimmung	23	23	32	20
* Das Total liegt unter 100%, da «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt ist. © IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.				

Um sich über die Abstimmungsthemen der verschiedenen Vorlagen ein Bild zu machen, wurde von den Stimmenden eine Vielzahl von verschiedenen Medien als Informationsquellen benutzt: Am meisten Teilnehmende (87%) griffen dabei wie üblich auf Presseartikel zurück, gefolgt vom Fernsehen und den Erläuterungen des Bundesrates (Bundesbüchlein), die je von 72 Prozent der Stimmenden benutzt wurden. Aber auch das Radio, Leserbriefe in Zeitungen sowie Zeitungsinserate wurde von über 50 Prozent der Stimmenden als Informationsquelle angegeben. Im Vergleich dazu wenig genutzt wurden politische Werbesendungen, Gespräche mit den Arbeitskollegen sowie Standaktionen. Das Internet blieb auch bei dieser Abstimmung das Medium mit der geringsten Relevanz für die Meinungsbildung, nur 7 Prozent der Stimmenden nutzten es zur Informationsbeschaffung.

## 2. Die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und der Gegenentwurf der Bundesversammlung «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»

### 2.1 Die Ausgangslage

Die Schweizerische Nationalbank verfügt über 1300 Tonnen Goldreserven – dies entspricht etwa 20 Milliarden Franken –, welche sie für ihre Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigt. Über die Verwendung dieser frei werdenden Mittel der Nationalbank hatte das Stimmvolk am 22. September in drei Abstimmungsfragen (Initiative, Gegenentwurf und Stichfrage hierzu) zu befinden. Die im Jahr 2000 von der SVP einge-

reichte *Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds» (Goldinitiative)* verlangte die Übertragung aller nicht mehr benötigten Währungsreserven oder deren Erträge auf den Ausgleichsfonds der AHV. Der vom Bundesrat und dem Parlament unterbreitete *Gegenentwurf* sah vor, den Erlös aus den überschüssigen Goldreserven auf einen Fonds zu übertragen, womit die Erhaltung des realen Werts garantiert worden wäre. Weiter sollte lediglich der Ertrag – rund 500 bis 700 Millionen Franken im Jahr – innerhalb der nächsten 30 Jahre zu gleichen Teilen der AHV, den Kantonen und der Solidaritätsstiftung zugute kommen.

Bundesrat und Parlament empfahlen die Ablehnung der Goldinitiative und die Annahme des Gegenvorschlags. Der Abstimmung ging ein teilweise hitzig geführter Abstimmungskampf voraus: Die SVP machte gegen die geplante Solidaritätsstiftung mobil, welche in ihren Augen das Ergebnis von Erpressungsversuchen aus dem Ausland war. Bei den anderen Bundesratsparteien fassten die Delegiertenversammlungen jeweils eine Ja-Parole zum Gegenvorschlag und eine Nein-Parole zur Goldinitiative.<sup>1</sup> Die Konstellation mit Initiative und Gegenvorschlag gab dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin jedoch vier mögliche Arten abzustimmen. So fanden sich denn auch in beiden politischen Lagern solche, die eine von ihren Parteiparolen anders lautende Stimmstrategie vorschlugen: Ein Doppel-Ja wurde von denjenigen empfohlen, welche beide Vorschläge als besser einschätzten als den Status quo. Ein Doppel-Nein wurde von Seiten gewisser Kantonsvertreter propagiert, welche nicht vom verfassungsgemässen Verteilschlüssel für Gewinne der Nationalbank – zwei Drittel den Kantonen und ein Drittel dem Bund – abweichen wollten.

Beide Vorlagen wurden – wenn auch denkbar knapp – abgelehnt. Die NZZ titelte am Tag nach der Abstimmung: «Der Souverän hat gesprochen – aber was?»<sup>2</sup> Nicht nur die vier verschiedenen Stimmmöglichkeiten, sondern auch die Multidimensionalität der Vorlagen erschwerten im Nachgang zur Abstimmung die Analyse der Gründe für das Scheitern beider Vorlagen: Wurde der Kompromisscharakter des Gegenentwurfs von einer Mehrheit gutgeheissen, nicht aber die Solidaritätsstiftung? Oder hätte eine mehrheitliche, aber nicht vollständige Verwendung der Nationalbankreserven zur Finanzierung der AHV eine Mehrheit gefunden? Diesen und anderen Fragen möchten wir im Folgenden mittels einer Analyse der individuellen Stimmotive und -entscheide nachgehen.

## 2.2 Wahrnehmung der Vorlagen

### Wahrnehmung der Goldinitiative

Der hitzig geführte Abstimmungskampf mag dazu beigetragen haben, dass nur ein äusserst geringer Anteil der Stimmenden (4%) nicht wusste, worum es bei der Goldinitiative ging. 84 Prozent der Stimmenden vermochten den Verwendungszweck des Nationalbankengoldes anzugeben, 12 Prozent bezogen ihre Inhaltsangabe auf die Nationalbank- bzw. Goldreserven ohne den Verwendungszweck zu nennen und 7 Prozent brachten die

<sup>1</sup> Abweichende Parolen: Die Kantonssektionen der FDP AG, AR, BL, LU und SG empfahlen ein Doppel-Nein.

<sup>2</sup> NZZ vom 23. September 2002.

Initiative mit der SVP in Verbindung. 5 Prozent der Stimmenden machten falsche Angaben zum Inhalt der Goldinitiative.

### Wahrnehmung Gegenentwurf

Der Gegenentwurf bereitete etwas mehr Mühe bei der Meinungsbildung. Dies spiegelt sich bereits in der Inhaltswahrnehmung wider: Eine grosse Mehrheit der Stimmenden wusste zwar um den Verteilungscharakter des Gegenentwurfs, konnte jedoch die Verwendungszwecke nicht immer korrekt nennen. Zudem ist auch der Anteil «Weiss Nicht»-Antworten (9%) höher als bei der Goldinitiative. 10 Prozent der Teilnehmenden nannten spontan die Solidaritätsstiftung als Hauptthema der Vorlage. Der Anteil falscher Inhaltsangaben ist beim Gegenentwurf gleich hoch wie bei der Goldinitiative (5%).

Tabelle 2.1: Goldinitiative und Gegenentwurf – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden (n)	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden (n)
<b>Goldinitiative</b>			
Verwendungszweck AHV	71 (709)	84 (377)	60 (331)
Verwendung der Nationalbank- bzw. Goldreserven (ohne Angabe des Verwendungszwecks)	9 (89)	12 (52)	6 (34)
Bezug auf SVP	4 (39)	7 (29)	2 (10)
Falsche Angaben	7 (69)	5 (22)	8 (44)
Weiss nicht / keine Antwort	14 (142)	4 (16)	23 (126)
<b>Total</b>	<b>111 (1112)</b>	<b>117 (521)</b>	<b>106 (583)</b>
<b>Gegenentwurf</b>			
Dritteln/Korrekte Nennung der drei Verwendungszwecke	41 (415)	59 (265)	27 (147)
Allgemeines zu Gold/Ertrag/Zins	13 (125)	15 (65)	11 (58)
Bezug auf einzelne Verwendungszwecke	10 (100)	13 (59)	8 (39)
Solidaritätsstiftung/Gold für Ausl.	9 (79)	10 (46)	6 (32)
Drei Verwendungszwecke, davon einer falsch/ falsche einzelne Verwendungszwecke/ zwei Verwendungszwecke	8 (77)	11 (50)	5 (27)
Falsche Angaben*	5 (48)	5 (21)	5 (27)
Weiss nicht / keine Antwort	29 (291)	9 (43)	45 (247)
<b>Total</b>	<b>112 (1123)</b>	<b>116 (519)</b>	<b>109 (597)</b>
Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Lesebeispiel zur Kolonne «Total»: Insgesamt haben 1003 Befragte (100%) 1112 Antworten (111%; Goldinitiative) bzw. 1123 Antworten (112%; Gegenvorschlag) gegeben.			
Die Tabelle enthält die jeweils am häufigsten genannten Inhaltsangaben.			
* Unter die Kategorie «Falsche Angaben» wurden unverständliche Angaben (1%), falsche Angaben (0.5%) sowie die Angabe der AHV als einziger Verwendungszweck (4%) subsummiert.			
© IPZ / Gfs: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.			

## 2.3 Das Abstimmungsprofil

Die Abstimmungsprofile beider Vorlagen stehen mit einer Ausnahme<sup>3</sup> spiegelbildlich zueinander: Wo der Anteil Ja-Stimmen zur Goldinitiative hoch ist, weist der Gegenentwurf einen hohen Anteil Nein-Stimmen auf und umgekehrt. Deshalb soll im Fortgang dieser Analyse nur dort erklärend auf statistische Messwerte des Gegenentwurfs eingegangen werden, wo sich diese – unter Berücksichtigung der Spiegelverkehrtheit – deutlich von denjenigen der Goldinitiative unterscheiden.

Der Graben zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Goldinitiative verlief entlang den politischen Konfliktlinien. Während die Anhängerschaft der SP die Goldinitiative deutlich ablehnte (74%), nahm eine überwältigende Mehrheit der SVP-SympathisantInnen (86%) sie an. Die FDP-Anhängerschaft in unserem Sample lehnte beide Vorlagen – beim Gegenentwurf entgegen der Parteiparole – zu ähnlichen Stimmenanteilen (Gegenentwurf: 56%; Goldinitiative 60%) ab. Die CVP-SympathisantInnen lehnten die Goldinitiative zu 81 Prozent ab und nahmen den Gegenentwurf zu 56 Prozent an. Allerdings sind beim letztgenannten Fall Aussagen zum Mehrheitsverhältnis aufgrund der geringen Fallzahl nicht gesichert. Bei der Einordnung auf der Links/Rechts-Achse bietet sich uns ein ähnliches Bild wie bei der Parteisympathie: Je weiter links sich die Stimmenenden positionierten, desto stärker lehnten sie die SVP-Initiative ab (Anteil Ja-Stimmen Linksaussen: 27%). Im rechten Lager findet sich hingegen eine Mehrheit für die Goldinitiative (Anteil Ja-Stimmen Rechts: 55%; Linksaussen: 80%). Wer sich in der Mitte positionierte, verwarf zu beinahe identischen Anteilen (Goldinitiative: 54%; Gegenentwurf: 55%) beide Vorlagen.

Der ideologisch geprägte Konfliktcharakter der Abstimmung spiegelt sich auch in den Einstellungen zur Öffnungsfrage wider: Wer sich für eine vermehrte Öffnung der Schweiz gegen aussen hin aussprach, verwarf auch mehrheitlich (63%) die Goldinitiative. Wer hingegen einem Öffnungskurs der Schweiz eher skeptisch oder gar ablehnend gegenübersteht, legte mehrheitlich ein Ja in die Urne (64 bzw. 69%). Der Öffnungsfrage liegt der hierzulande in jüngster Zeit dominante gesellschaftliche Konflikt zwischen wertbezogenem Modernismus und wertbezogenem Traditionalismus zugrunde, welcher sich insbesondere an der Frage der Neutralitäts- und Europa-Politik entzündet. Wo sich dieser Konfliktgraben öffnete, nahm er in der jüngeren Vergangenheit eine stark ideologisch aufgeladene Form an. Diese starke politische Polarisierung des Modernismus vs. Traditionalismus-Konflikts war auch beim Entscheid über die Goldreserven festzustellen und wurde wohl in erster Linie durch die Haltung zur Solidaritätsstiftung hervorgerufen.

<sup>3</sup> Persönliche Bedeutung der Vorlagen

Tabelle 2.2: Goldinitiative und Gegenentwurf – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien (gewichtet)	Goldinitiative % Ja (n)	Gegenentwurf % Ja (n)	Korrelationskoeffizient Cramers V (in Klammern für Gegenentwurf) <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	48 (557)	48 (538)	
<i>Parteisympathie</i>			
SP	26 (110)	76 (117)	0.43*** (0.41***)
CVP	(19) (31)	(56) (32)	
FDP	40 (63)	44 (63)	
SVP	86 (97)	10 (77)	
Keine Parteiaffinität	57 (162)	43 (150)	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			0.28*** (0.35***)
Linksaussen	(27) (34)	(83) (40)	
Links	31 (112)	67 (116)	
Mitte	46 (201)	45 (196)	
Rechts	55 (101)	30 (93)	
Rechtsaussen	(80) (44)	(14) (36)	
Weiss nicht/keine Antwort	59 (64)	44 (57)	
<i>Regierungsvertrauen</i>			0.38*** (0.43***)
Vertrauen	25 (189)	72 (206)	
Weiss nicht/keine Antwort	42 (113)	51 (114)	
Misstrauen	67 (254)	24 (219)	
<i>Alter</i>			0.19*** (n.s.)
18 bis 29 Jahre	24 (51)	58 (52)	
30 bis 39 Jahre	43 (93)	53 (92)	
40 bis 49 Jahre	49 (111)	39 (104)	
50 bis 59 Jahre	48 (110)	39 (109)	
60 bis 69 Jahre	52 (96)	45 (94)	
über 70 Jahre	61 (95)	40 (87)	
<i>Bildung</i>			0.16*** (0.15**)
Tief	62 (73)	40 (60)	
Mittel	52 (247)	42 (236)	
Hoch	39 (237)	57 (242)	
<i>Öffnung/Verschliessen</i>			0.28*** (0.29***)
Vermehrt nach aussen öffnen	37 (336)	59 (340)	
gemischte Wertvorstellungen	64 (169)	28 (152)	
sich vermehrt verschliessen	(69) (45)	31 (39)	
Weiss nicht / keine Antwort	(63) (8)	(43) (7)	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». In Klammern aufgeführte Prozentwerte sind aufgrund der beschränkten Fallzahl lediglich als Tendenz zu interpretieren. Vgl. Methodischer Steckbrief.

\*\*\* hoch signifikant (p<0.001), n.s.= nicht signifikant

© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Zwischen Regierungsvertrauen und dem Stimmentscheid ist ebenfalls ein starker Zusammenhang festzustellen: Wer der Regierung misstrauisch gegenüberstand, stimmte der Goldinitiative viel deutlicher zu (67%) als diejenigen, welche dem Bundesrat ihr Vertrauen aussprachen (25%).

Neben den politischen Variablen spielten die sozialen Merkmale Alter und Bildungsniveau eine wichtige Rolle beim Stimmentscheid: Mit zunehmendem Alter steigt auch der Ja-Stimmenanteil bei der Goldinitiative. Beim Bildungsniveau verhält es sich umgekehrt: Je höher der Bildungsgrad, desto geringer die Anzahl Ja-Stimmen für die Goldinitiative. Beim Gegenentwurf hatte das Alter keinen signifikanten Einfluss auf den Stimmentscheid.

#### Die Doppel-Nein-Stimmenden

Angesichts des knappen Entscheids und der vier verschiedenen Stimmöglichkeiten stellt sich die Frage, wer sich für welche Stimmkombination entschied. Eine Gruppe der Stimmenden – diejenige, welche ein doppeltes Nein in die Urne legte – ist diesbezüglich von grösstem Interesse. Zum einen, weil ihr Stimmentscheid massgeblich zum Scheitern beider Vorlagen beitrug, und zum anderen, weil die politische und gesellschaftliche Zusammensetzung der anderen Gruppen von Stimmenden (Ja Gegenentwurf/Nein Goldinitiative, Nein Gegenentwurf/Ja Goldinitiative) im Wesentlichen bereits aus dem Abstimmungsprofil zu den beiden Vorlagen (Tabelle 2.2) hervorgeht.

Die politischen Variablen sind auch bei der Erklärung des Doppel-Neins von grosser Bedeutung: Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Doppel-Nein-Stimmenden findet sich bei der CVP<sup>4</sup> und FDP-Anhängerschaft sowie bei denjenigen, welche sich rechts von der politischen Mitte einstufen. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Doppel-Nein-Strategie vor allem von bürgerlichen Kantonsvertretern verfochten wurde. Ob die Doppel-Nein-Stimmenden ihren Entscheid mit der Absicht fällten, den Kantonen mehr als ein Drittel der Nationalbankgewinne zukommen zu lassen, vermögen allerdings erst die Analyse der Stimmotive und der Argumententest zu zeigen. Regionale Unterschiede – etwa die gewissen Kantonen nachgesagte Tendenz zum Nein-Sagen – oder andere soziokulturelle und -demographische Unterschiede hatten keine Auswirkungen auf den Doppel-Nein-Entscheid.

#### Die Doppel-Ja-Stimmenden

Die Zuweisung der Nationalbankgewinne an die AHV war lange Zeit eine linke Forderung. Deswegen machten sich vor allem linke PolitikerInnen für ein Doppel-Ja stark. Doch offenbar wollte oder konnte man von Seiten der SP den Stimmentscheid zur SVP-Goldinitiative nicht losgelöst von ihrer Herkunft sehen. Lediglich eine kleine Minderheit der SP-SympathisantInnen stimmte zweimal ja. Dies mag daher rühren, dass die Frage der Verwendung der Nationalbankgewinne im Abstimmungskampf zu einem *ideologisch* motivierten Grundsatzentscheid für oder wider die Solidaritätsstiftung hochstilisiert wurde.

<sup>4</sup> Die Aussage zur CVP ist aufgrund der geringen Fallzahl als Tendenz zu interpretieren.

Tabelle 2.3: Goldinitiative – Motive (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (n)	Doppel-Nein Erstnennungen in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Finanzierungszweck AHV	39 (87)	
Gegen Solidaritätsstiftung	24 (53)	
Bezug auf SVP	1 (3)	
Allgemeine Äusserungen	22 (51)	
Keine Steuererhöhungen	1 (2)	
Falsche/unverständliche Motive	7 (15)	
Weiss nicht / keine Antwort	3 (6)	
Diverses	4 (8)	
<b>Total</b>	<b>100 (225)</b>	
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Bezug auf Einseitigkeit des Verwendungszwecks	22 (73)	32 (35)
Probleme der AHV dadurch nicht gelöst	4 (14)	6 (6)
Bezug auf Gegenvorschlag/Solidarität	18 (58)	5 (5)
Bezug auf Erhaltung der Substanz	5 (17)	9 (10)
Gegen SVP/Blocher	9 (31)	4 (4)
Bezug auf Kantone	2 (6)	3 (3)
Allgemeine Äusserungen	24 (79)	21 (23)
Falsche/unverständliche Motive	6 (19)	4 (4)
Weiss nicht / keine Antwort	2 (6)	4 (4)
Diverses	8 (25)	14 (15)
<b>Total</b>	<b>100 (328)</b>	<b>100 (109)</b>
Insgesamt haben 225 Befragte zu Pro-Motiven und 328 Befragte zu Kontra-Motiven Angaben gemacht. In der Tabelle aufgeführt sind nur die Erstnennungen.		
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.		

## 2.4 Die Entscheidungsmotive

Ein Blick auf die Stimmotive macht deutlich, dass die Haltung zur Solidaritätsstiftung eine bedeutsame Rolle beim Stimmentscheid zu beiden Vorlagen spielte. Bei der *Goldinitiative* war der am häufigsten genannte Grund für einen *positiven Stimmentscheid* die Finanzierung der AHV (39%). Danach folgt bereits die Opposition gegen die Solidaritätsstiftung. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Solidaritätsstiftung nicht Bestandteil der Goldinitiative war. 24 Prozent der Ja-Stimmenden unterstützten demnach die Goldinitiative, weil sie die Annahme des Gegenvorschlags *verhindern* wollten und nicht in erster Linie aus Gründen, welche *für* die Goldinitiative sprachen. 7 Prozent der Erstnennungen waren falsche bzw. unverständliche Motive. Haben diese Stimmen den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst? Diese Frage kann aufgrund des Stichprobenfehlers<sup>5</sup> nicht schlüssig beantwortet werden. Festzustellen ist, dass der Anteil

<sup>5</sup> Der Stichprobenfehler für falsche Nein-Motive beträgt +/-2.6% und für falsche Ja-Motive +/-3.3%.



falscher Motive in unserem Sample bei den Nein-Stimmenden etwa gleich gross ist wie bei den Ja-Stimmenden, und sich demnach die Anzahl falscher Nennungen ausgleicht.

Auf Seiten der *InitiativgegnerInnen* wurde die einseitige Verwendung der Nationalbankreserven für die AHV neben allgemeinen Äusserungen am häufigsten als Kontra-Motiv angeführt (22%). 18 Prozent bezogen sich bei der Angabe ihrer Nein-Motive auf den Gegenentwurf bzw. auf die Solidaritätsstiftung, und 9 Prozent verwarfen die Goldinitiative aus Opposition zur SVP bzw. zu Christoph Blocher. Offenbar hat ein Abstimmungs-Alleingang der SVP bei ihren GegnerInnen eine stärkere Mobilisierungswirkung als bei ihren SympathisantInnen, denn auf Seiten der Befürworterschaft der Goldinitiative<sup>6</sup> wurde die ideologische Nähe zur SVP weitaus weniger oft als Stimmmotiv genannt (1%). Zudem haben der Bundesrat und andere Politiker bei den mehrheitlich regierungsskeptischen BefürworterInnen der Goldinitiative nicht dieselbe Bedeutung eines stimm-motivierenden «Feindbildes» wie die SVP bei der mehrheitlich linken Gegnerschaft der Initiative.

Die Stimmotive der *Doppel-Nein-Stimmenden* unterscheiden sich bis auf den weitaus weniger oft geäusserten Bezug auf die Vorteile des Gegenentwurfs nicht wesentlich von denjenigen aller Nein-Stimmenden. Der Bezug auf die Vorteile des Gegenentwurfs entfällt bei den Doppel-Nein-Stimmenden aus Gründen der Verhaltenslogik: Wer beide Vorlagen verwarf, konnte seinen Stimmentscheid zur Goldinitiative schlecht damit begründen, dass der Gegenentwurf besser sei.

Bei den *BefürworterInnen des Gegenentwurfs* wurde die Art der Verwendung bzw. die Verteillösung am häufigsten (38%) als Stimmmotiv genannt. Offenbar fand das Pro-Argument, welches von einer ausgesprochen schweizerischen Kompromisslösung<sup>7</sup> sprach, grossen Anklang bei den Ja-Stimmenden. Beinahe ein Viertel der Ja-Stimmenden (22%) begründete seinen Entscheid mit solidarischen Motiven: Darunter fallen Nennungen, welche einen Bezug zur Solidaritätsstiftung oder zur Solidarität im Allgemeinen aufweisen.

Bei den *Nein-Motiven zum Gegenentwurf* wird die starke Bedeutung der Einstellung zur Solidaritätsstiftung für den Stimmentscheid besonders deutlich ersichtlich. Fast die Hälfte der Nein-Stimmenden (47%) begründete ihren Entscheid mit der Ablehnung der Solidaritätsstiftung. Weitere 5 Prozent bezogen sich bei ihrer Entscheidbegründung auf die Goldinitiative, ohne dabei Gründe für ihre Wahl zugunsten der Goldinitiative anzugeben. 11 Prozent gaben andere Vorstellungen über den Verwendungszweck als Motiv an und 14 Prozent machten allgemeine Äusserungen.

Auch bei den Doppel-Nein-Stimmenden war die Ablehnung der Solidaritätsstiftung das am häufigsten genannte Motiv. Zwischen den Motivnennungen aller Nein-Stimmenden und den Doppel-Nein-Stimmenden bestehen nur geringfügige Unterschiede. Offenbar verfolgten die zweimal nein Stimmenden mit ihrem Entscheid keine sich von den Motiven der anderen Gruppen von Stimmenden unterscheidende Strategie.

<sup>6</sup> Die Befürworterschaft setzt sich zu 31% aus SVP-SympathisantInnen zusammen.

<sup>7</sup> Ständerätin Christine Beerli in der NZZ vom 17. Juli 2002.

Tabelle 2.4: Gegenvorschlag – Motive (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (n)	Doppel-Nein Erstnennungen in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>		
Bezug auf Verwendung/Aufteilung	38 (89)	
Verteilungsmodus	21 (49)	
Substanzerhaltung	6 (15)	
Kompromisscharakter der Vorlage	6 (14)	
Bezug auf Solidarität	22 (53)	
Allgemeine Äusserungen	16 (38)	
Anderes	10 (24)	
Weiss nicht/keine Antwort/Unverständliche Motive	2 (6)	
Diverses	11 (27)	
<b>Total</b>	<b>100 (237)</b>	
<b>NEIN-Stimmende</b>		
Gegen Solidaritätsstiftung	47 (139)	40 (43)
Expliziter Bezug auf Solidaritätsstiftung	25 (74)	26 (28)
Geld soll in der Schweiz bleiben/nicht ins Ausland	22 (65)	14 (15)
Bezug auf andere Verwendung des Gewinns	11 (34)	7 (8)
Bezug auf Stimmentscheid Goldinitiative	5 (16)	1 (1)
Allgemeine Äusserungen	14 (43)	19 (20)
Anderes	14 (41)	21 (23)
Falsche/unverständliche Motive	2 (6)	4 (4)
Weiss nicht / keine Antwort	4 (11)	5 (5)
Diverses	2 (7)	4(4)
<b>Total</b>	<b>100 (297)</b>	<b>100 (108)</b>
Insgesamt haben 237 Befragte zu Pro-Motiven und 297 Befragte zu Kontra-Motiven Angaben gemacht. In der Tabelle aufgeführt sind nur die Erstnennungen.		
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.		

## 2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Was bereits aus der Analyse der Stimmotive ersichtlich wurde, bestätigt sich bei der Beurteilung der während der Kampagne vorgebrachten Pro- und Kontra-Argumente: Inhaltlich polarisiert hat vor allem die Solidaritätsstiftung. Die Verhaltenskonsistenz, d.h. die Übereinstimmung zwischen der Zustimmung bzw. Ablehnung eines Arguments und dem effektiven Stimmentscheid, ist bei den beiden gegen die Solidaritätsstiftung gerichteten Kontra-Argumenten zum Gegenentwurf am höchsten: 81 Prozent derjenigen, welche dem Argument beipflichteten, wonach es sich beim Gegenentwurf um eine versteckte Einführung der Solidaritätsstiftung handle, legten auch ein Nein in die Urne. 79 Prozent derjenigen, die der Meinung waren, dass der Bundesrat mit seinem Vorschlag für eine Solidaritätsstiftung der Erpressung aus dem Ausland nachgegeben habe, verwarfen den Gegenentwurf. Zwar erfuhren andere Argumente eine höhere Zustimmung seitens

aller Befragten, aber offenbar trugen sie nur wenig zum Stimmentscheid bei. Ein solches war gewiss das von der Befürworterschaft des Gegenentwurfs vorgebrachte Argument, dass mit dem Gegenentwurf das Goldvermögen in seiner Substanz erhalten bliebe. Diesem Pro-Argument zum Gegenentwurf stimmten 71 Prozent aller Stimmenden zu. Selbst eine hauchdünne Mehrheit (51%) derjenigen, die den Gegenentwurf verwarfen und gleichzeitig die Goldinitiative annahmen, erklärte sich mit diesem Argument einverstanden. Doch nur verhältnismässig wenige (53%) folgten diesem Sparargument und legten ein Ja in die Urne. Weitaus stärker polarisierte das Argument, wonach von den Erträgen aus den überschüssigen Goldreserven Kantone, AHV und Stiftung etwas bekommen sollten. 90 Prozent derjenigen, welche der bundesrätlichen Stimmempfehlung folgten, erklärten sich mit diesem Argument einverstanden, während es nur 21 Prozent der Gegnerschaft des Gegenentwurfs überzeugen konnte. Aus der Zustimmung bzw. Ablehnung des Arguments geht jedoch nicht eindeutig hervor, aus welchen Gründen dies erfolgte: Einerseits konnte man dem Argument aufgrund seines Kompromisscharakters zustimmen, andererseits war eine ablehnende Haltung möglich, die sich insbesondere gegen die Solidaritätsstiftung richtete. Insofern darf aus der hohen Verhaltenskonsistenz dieses Arguments (76%) nicht geschlossen werden, dass der Verteilungsaspekt des Gegenentwurfs das Stimmvolk so tief gespalten habe. Zieht man die Befunde zu den anderen Argumenten in Betracht, so ist eher anzunehmen, dass auch bei diesem Argument die Solidaritätsstiftung als Spaltpilz wirkte. Dem dritten Pro-Argument («Dank der Solidaritätsstiftung kann die Schweiz ihre humanitäre Tradition in der Zukunft fortsetzen») pflichteten 47 Prozent der Stimmenden bei.

Die Pro- und Kontra-Argumente zur Goldinitiative weisen im Durchschnitt eine weniger hohe Verhaltenskonsistenz auf als die Argumente zum Gegenentwurf. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Haltung zur Solidaritätsstiftung den Stimmentscheid am stärksten beeinflusste. Gründe, die für oder gegen die Goldinitiative sprachen, spielten dabei wohl eine weniger grosse Rolle. Mit dem *Pro-Argument*, wonach die Goldinitiative dem Volk das ihr zustehende Volksvermögen zurückgebe, erklärten sich 55 Prozent der Stimmenden einverstanden. Fast ein Drittel (31%) der ja zum Gegenentwurf und nein zur Goldinitiative Stimmenden wie auch 44 Prozent der Doppel-Nein-Stimmenden pflichteten dem Argument bei, ohne jedoch darin einen besonders stichhaltigen Einwand gegen ihren Stimmentscheid zu erkennen (Verhaltenskonsistenz: 61%). Die SVP-Werbekampagne mit dem Slogan «Volksvermögen gehört dem Volk» fand bei denjenigen, welche der SVP-Parole folgten, grossen Anklang: 88 Prozent – soviel wie bei keinem anderen Argument – schenkten dem Argument Glauben. Obwohl Kosten bei Abstimmungen üblicherweise eine gewichtige Rolle spielen, vermochte das «No New Taxes»-Argument («Mit der Goldinitiative von der SVP sichert man die Finanzierung von der AHV, ohne Steuererhöhungen für mindestens 10 Jahre») in der ideologisch geführten Abstimmungskampagne nicht zu überzeugen. Nur 33 Prozent der Stimmenden erklärten sich mit dem Argument einverstanden. Vielen war zudem der von den InitiantInnen propagierte Zusammenhang zwischen der Annahme der Goldinitiative und der Vermeidung neuer Steuern zu kompliziert: 19 Prozent der Stimmenden konnten sich zu diesem Argument keine Meinung bilden.

Dem von der Gegnerschaft häufig vorgebrachten Kontra-Argument, wonach die Goldinitiative die Probleme der AHV mitnichten löse und lediglich ein Tropfen auf dem heis-

Tabelle 2.5: Gegenentwurf – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einver- standen	Weiss nicht / k. A.	Kon- sistenz
<b>Pro-Argumente Gegenentwurf</b>					
«Dank der Solidaritätsstiftung kann die Schweiz ihre humanitäre Tradition in der Zukunft fortsetzen»	Stimmende	47	44	9	<b>67</b>
	Doppel-Ja	58	33	8	
	Ja Gegenentw/Nein Goldinit.	74	20	7	
	Ja Goldinit/Nein Gegenentw.	27	61	12	
	Doppel-Nein	30	61	9	
«Von den Erträgen aus den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank sollen Kantone, AHV und Stiftung etwas bekommen»	Stimmende	51	45	4	<b>76</b>
	Doppel-Ja	79	17	4	
	Ja Gegenentw/Nein Goldinit.	90	8	2	
	Ja Goldinit/Nein Gegenentw.	17	80	4	
	Doppel-Nein	30	64	6	
«Mit dem Gegenentwurf bleibt das Goldvermögen in seiner Substanz erhalten und eine kommende Generation hat die Möglichkeit, darüber neu zu entscheiden»	Stimmende	71	18	11	<b>53</b>
	Doppel-Ja	92	8	0	
	Ja Gegenentw/Nein Goldinit.	86	6	8	
	Ja Goldinit/Nein Gegenentw.	51	32	17	
	Doppel-Nein	74	17	9	
<b>Kontra-Argumente Gegenentwurf</b>					
«Beim Gegenentwurf vom Bund geht es nur um die versteckte Einführung von der Solidaritätsstiftung»	Stimmende	43	45	12	<b>81</b>
	Doppel-Ja	38	50	13	
	Ja Gegenentw/Nein Goldinit.	17	71	13	
	Ja Goldinit/Nein Gegenentw.	67	21	12	
	Doppel-Nein	53	37	10	
«Der Bundesrat hat mit seinem Vorschlag für eine Solidaritätsstiftung der Erpressung aus dem Ausland nachgegeben»	Stimmende	48	40	12	<b>79</b>
	Doppel-Ja	42	46	13	
	Ja Gegenentw/Nein Goldinit.	21	69	10	
	Ja Goldinit/Nein Gegenentw.	69	18	13	
	Doppel-Nein	67	22	12	
<small>           Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 47% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 44% lehnten es ab und 9% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.            Gesamtheit der zu beiden Vorlagen materiell Stimmenden = 531 (nicht gewichtet)            Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.            © IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.         </small>					

sen Stein sei, pflichteten 67 Prozent der Stimmenden bei. Selbst die BefürworterInnen der Goldinitiative waren zu 44 Prozent von diesem Argument überzeugt. Es motivierte jedoch nicht ihren Stimmentscheid. Dass es sich hierbei wohl eher um ein sekundäres Argument handelte, wird zudem aus den Motivnennungen ersichtlich: Kaum jemand (4%) nahm auf dieses Argument explizit Bezug. Für die Doppel-Nein-Stimmenden war das Statement, dass durch die empfohlenen Massnahmen die Probleme der AHV nicht gelöst werden, das insgesamt unterstützungswürdigste Argument: 76 Prozent stimmten ihm zu.

Tabelle 2.6: Goldinitiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einver- standen	Weiss nicht / k. A.	Kon- sistenz
<b>Pro-Argumente Goldinitiative</b>					
«Mit der Goldinitiative von der SVP sichert man die Finanzierung von der AHV, ohne Steuererhöhungen für mindestens 10 Jahre»	Stimmende Doppel-Ja Ja Gegenentw/Nein Goldinit. Ja Goldinit/Nein Gegenentw. Doppel-Nein	33 38 12 61 26	48 38 70 21 54	19 25 18 18 20	<b>70</b>
«Die Goldinitiative von der SVP sorgt dafür, dass das Volk vermögen dem Volk zurückgegeben wird»	Stimmende Doppel-Ja Ja Gegenentw/Nein Goldinit. Ja Goldinit/Nein Gegenentw. Doppel-Nein	55 58 31 88 44	39 29 64 8 50	5 13 5 4 6	<b>61</b>
<b>Kontra-Argumente Goldinitiative</b>					
«Die Goldinitiative von der SVP löst die Probleme der AHV nicht, sondern ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein»	Stimmende Doppel-Ja Ja Gegenentw/Nein Goldinit. Ja Goldinit/Nein Gegenentw. Doppel-Nein	67 67 86 42 76	26 21 8 53 16	6 13 6 5 8	<b>74</b>
<small>Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 33% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 48% lehnten es ab und 19% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.  Gesamtheit der zu beiden Vorlagen materiell Stimmenden = 531 (nicht gewichtet)  Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.  © IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.</small>					

Die Verhaltenskonsistenz der *Doppel-Nein-Argumente* ist mit derjenigen der anderen Argumente nicht zu vergleichen, da sie sich auf unterschiedliche Vergleichsgrössen beziehen. Gleichwohl ist ersichtlich, dass die beiden Doppel-Nein-Argumente nur einen geringen Einfluss auf den Doppel-Nein-Entscheid hatten: Nur eine knappe Mehrheit (51%) derjenigen, welche zweimal Nein stimmten, meinte, dass die Erträge aus den überschüssigen Goldreserven für den Schuldenabbau verwendet werden sollten. Dieser Anteil ist nur geringfügig höher als der entsprechende Anteil aller Stimmenden (45%). Die Doppel-Nein-Stimmenden stimmten dem Doppel-Nein-Argument demnach nicht wesentlich häufiger zu als die anderen Gruppen von Stimmenden. Dasselbe gilt auch für das zweite Doppel-Nein Argument («Sowohl die Goldinitiative als auch der Gegenentwurf vom Bund geben den Kantonen nicht, was ihnen zusteht: nämlich zwei Drittel der Nationalbankgewinne»). Das Argument überzeugte weniger als die Hälfte (48%) der Doppel-Nein-Stimmenden. Bei den restlichen Gruppen der Stimmenden fand das Argument nur unwesentlich geringere Unterstützung (Anteil Einverstanden Stimmende: 41%).

Die Annahme, dass das zweifache Nein nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung der Doppel-Nein-Argumente war, wird durch drei weitere Befunde gestützt: Erstens nannte kaum jemand den Anspruch der Kantone auf zwei Drittel der Nationalbankgewinne als Begründung für seinen Stimmentscheid. Zweitens fanden das Schuldenabbau- und das

Kantons-Argument im Vergleich zu den anderen Kontra-Argumenten bei den Doppel-Nein-Stimmenden die geringste Unterstützung. Offenbar hatten für die Mehrheit der Doppel-Nein-Stimmenden andere Gründe eine grössere Überzeugungskraft als die Doppel-Nein-Argumente. Drittens entscheiden sich bei der Stichfrage nur 30 Prozent der befragten Doppel-Nein-Stimmenden zugunsten des Gegenentwurfs. Wer sich aber zu einer Doppel-Nein-Strategie entschlossen hatte, um den Kantonen mehr als ein Drittel der Nationalbankgewinne zu geben, der hätte bei der Stichfrage – rationales Verhalten vorausgesetzt – dem Gegenentwurf zustimmen müssen. Denn bei einer Annahme beider Vorlagen hätte der Gegenentwurf den Kantonen wenigstens ein Drittel zugesichert. 62 Prozent der in der Umfrage zweimal nein Stimmenden liessen die Stichfrage jedoch offen und 8 Prozent entscheiden sich zugunsten der Goldinitiative.

Warum liess eine Mehrheit der Doppel-Nein-Stimmenden die Stichfrage unbeantwortet? Denkbar wäre, dass sie nicht wussten, dass die Beantwortung der Stichfrage unabhängig davon war, ob und wie die beiden ersten Fragen beantwortet wurden. Dem widerspricht aber die Tatsache, dass beinahe nur Doppel-Nein-Stimmende (Anteil in der Umfrage: 90%) die Stichfrage leer liessen! Deshalb ist viel eher zu vermuten, dass sie die Stichfrage offen liessen, weil es ihnen einerlei war, welche der beiden Vorlagen im Falle einer doppelten Annahme den Vorzug erhalten sollte. Ein solches Stimmverhalten widerspricht jedoch der Annahme eines strategischen, zugunsten der Kantone gefällten Entscheids. Dass es sich insbesondere beim Kantons-Argument um eine in elitären Kreisen diskutierte Frage handelte, die von der Basis kaum wahrgenommen wurde, verdeutlicht auch ein Blick auf den Anteil «Weiss-Nicht»-Antworten zu diesem Argument: Fast ein Drittel aller Stimmenden (32%) und immerhin 28 Prozent der Doppel-Nein-Stimmenden konnten keine Präferenzen ausdrücken.

Paradoxerweise haben somit die am wenigsten schlagenden Argumente den meisten Erfolg gehabt.

Tabelle 2.7: Doppel-Nein-Argumente – Anklang bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht einver- standen	Weiss nicht / k. A.	Kon- sistenz
<b>Doppel-Nein-Argumente</b>					
«Die Erträge aus den überschüssigen Goldreserven von der Nationalbank sollten für den Schuldenabbau verwendet werden»	Stimmende Doppel-Ja Ja Gegenentw/Nein Goldinit. Ja Goldinit/Nein Gegenentw. Doppel-Nein	45 54 44 42 51	49 38 49 52 45	6 8 7 6 5	<b>23</b>
«Sowohl die Goldinitiative als auch der Gegenentwurf vom Bund geben den Kantonen nicht, was ihnen zusteht: nämlich zwei Drittel der Nationalbankgewinne»	Stimmende Doppel-Ja Ja Gegenentw/Nein Goldinit. Ja Goldinit/Nein Gegenentw. Doppel-Nein	41 50 39 40 48	27 29 28 27 24	32 21 34 33 28	<b>24</b>
<small>Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 45% aller Stimmenden pflichteten dem ersten Argument zu, 49% lehnten es ab und 6% konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.  Gesamtheit der zu beiden Vorlagen materiell Stimmenden = 531 (nicht gewichtet)  Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit dem Doppel-Nein-Argument einverstanden erklären, auch tatsächlich zweimal Nein stimmten.  © IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.</small>					

## 2.6 Inskünftige Verwendung des Nationalbankgoldes

Eine Reihe von Fragen beschäftigte sich mit der inskünftigen Verwendung des Nationalbankgoldes. Die Stimmenden wurden gefragt, in welchem Ausmass die Reserven der Nationalbank für die Finanzierung der AHV, des Bildungswesens, für den Schuldenabbau und als Beiträge für die Kantone verwendet werden sollten. Dabei konnten die Befragten (nur Teilnehmende) zwischen den Verwendungskategorien «vollständig», «mehrheitlich», «minderheitlich» oder «gar nicht» auswählen.

Tabelle 2.8: Inskünftige Verwendung des Nationalbankgoldes – Nur Teilnehmende

Kategorien Anteile in % (n)	voll- ständig	mehr- heitlich	minder- heitlich	Gar nicht	Weiss nicht / k. A.
Finanzierung der AHV	18 (107)	38 (229)	25 (152)	13 (79)	6 (38)
Finanzierung des Bildungswesens	7 (44)	33 (200)	34 (206)	19 (115)	7 (43)
Beiträge an die Kantone	4 (25)	32 (196)	37 (226)	19 (117)	7 (41)
Schuldenabbau	8 (47)	19 (116)	30 (184)	38 (227)	5 (31)

Die Frage lautete: «Wir haben hier einige Vorschläge gesammelt, wie das Gold inskünftig verwendet werden soll. Sagen Sie mir bitte jedes Mal, ob Sie die Reserven des Nationalbankgoldes dafür vollständig, mehrheitlich oder gar nicht verwenden möchten?».

© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Eine vollständige Verwendung der Nationalbankreserven für nur einen Zweck entspricht ganz offensichtlich nicht den Vorstellungen der Befragten. Für eine vollständige Verwendung der überschüssigen Reserven für die AHV – mithin der Inhalt der Goldinitiative – sprachen sich nur 18 Prozent der Stimmenden aus. Selbst für eine Mehrheit der BefürworterInnen der Goldinitiative (58%) kommt eine solche Verwendung nun nicht mehr in Frage!

Die Verteillösung stösst hingegen bei den Befragten auf grosse Akzeptanz, denn der Kompromissgedanke (Antwortkategorien «mehrheitliche» und «minderheitliche Verwendung» zusammengefasst) fand bei allen vier Verwendungszwecken die grösste Zustimmung. Dieser Befund deutet darauf hin, dass der Gegenentwurf ohne die Solidaritätsstiftung wohl angenommen worden wäre, denn es war offensichtlich nicht der Verteilungsgedanke, welcher zum Scheitern der Vorlage geführt hat. Diese Aussage ist natürlich insofern wenig sinnvoll, als die Goldinitiative als Reaktion auf die angekündigte Einrichtung eines Solidaritätsfonds eingereicht wurde. Demnach gilt: Ohne Solidaritätsstiftung keine Goldinitiative und ohne Goldinitiative auch kein Gegenentwurf. Die Aussage – wie obsolet sie auf den ersten Blick erscheint – macht aber deutlich, dass eine *geteilte* Verwendung der Nationalbankreserven beim Stimmvolk besser ankommt als eine *vollständige* Verwendung für einen Zweck. Geht *allein* daraus *zwingend* hervor, dass eine mehrheitliche, aber nicht vollständige Verwendung der Nationalbankreserven zur Finanzierung der AHV eine Mehrheit gefunden hätte? Nein, denn für den Stimmenscheid in der *gegebenen Konstellation* (Initiative und Gegenentwurf) war die Haltung zur Solidaritätsstiftung offenbar wichtiger als die Präferenzen für einen Verteilungsmodus. Bei einem solch knappen Abstimmungsausgang ist jedoch *anzunehmen*, dass ein weniger einseitiger Verwendungsmodus bei der Goldinitiative zu ihrer Annahme geführt hätte.

Der Anteil derjenigen, welche sich *zugunsten* einer Verwendung – in welchem Ausmass auch immer – aussprachen, liegt bei *jedem* Verwendungsvorschlag über 50 Prozent. Eine Verwendung der Nationalbankreserven zur Finanzierung der AHV – unabhängig davon, ob vollständig, mehrheitlich oder minderheitlich – befürworteten insgesamt 81 Prozent der Befragten. Dieser Anteil beträgt bei der Finanzierung des Bildungswesens und bei den Beiträgen an die Kantone jeweils 74 bzw. 73 Prozent und beim Schuldenabbau 57 Prozent. Somit findet sich bei keinem der vier Verwendungsvorschläge eine Mehrheit von Befragten, die ganz darauf verzichten möchte.

Für eine *mehrheitliche* Verwendung der Nationalbankreserven als Beiträge an die Kantone – dies entspricht der Forderung nach zwei Dritteln der Nationalbankgewinne für die Kantone – findet sich nirgendwo eine Mehrheit. Auch die Doppel-Nein-Stimmenden begrüssten diesen Vorschlag nur zu 37 Prozent und liegen damit lediglich 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Stimmenden. Dies bestätigt den Befund der Argumentenanalyse, aus welchem hervorging, dass *die Mehrheit* der Doppel-Nein-Stimmenden ihr Votum nicht mit der Strategie verband, den Kantonen zwei Drittel der Nationalbankgewinne zukommen zu lassen. Allerdings sei bezüglich der *Wirkung* der solcherart strategisch Stimmenden *auf den Ausgang* der Abstimmung gesagt, dass aufgrund des knappen Entscheids auch nur *eine Minderheit* strategisch Stimmender genügt hätte, um das Resultat anders aussehen zu lassen. Wie gross der Anteil strategisch Stimmender unter den Doppel-Nein-Stimmenden war, lässt sich aufgrund des vorliegenden empirischen Materials allerdings nicht feststellen.

## 3. Die Referendumsabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

### 3.1 Die Ausgangslage

Die Öffnung des schweizerischen Strommarktes und seine Wettbewerbsfähigkeit in einem liberalisierten europäischen Umfeld beschäftigten den Bundesrat und das Parlament schon seit mehreren Jahren. Als Resultat dieser Bemühungen wurde im Dezember 2000 nach zweimaliger Differenzbereinigung von den eidgenössischen Räten das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) verabschiedet, welches die Rahmenbedingungen für eine stufenweise Liberalisierung des Strommarktes festlegen sollte. Der Nationalrat stimmte dem EMG mit 160 zu 24 Stimmen bei acht Enthaltungen zu, der Ständerat nahm die Gesetzesvorlage mit 36 zu 2 Stimmen an. Gegen das Gesetz wurde in der Folge von Seiten der Gewerkschaften SGB, VPOD und GBI und mit Unterstützung der Grünen sowie der Westschweizer Alliance de gauche das Referendum ergriffen und im Frühjahr 2001 mit über 67'000 gültigen Unterschriften eingereicht, davon knapp die Hälfte aus der Romandie. Der Bundesrat beschritt im Herbst 2001 den eher ungewöhnlichen Weg, die Ausführungsbestimmungen zum Elektrizitätsmarktgesetz noch vor dessen Erlass auszuarbeiten und in die Vernehmlassung zu schicken, um durch die Elektrizitätsmarktverordnung (EMV) grösstmögliche Klarheit bezüglich des EMG zu schaffen. In die Ausarbeitung der

EMV einbezogen wurden unter anderem die Kantone, die Wirtschaftsverbände, die Energiebranche, aber auch Konsumenten- und Umweltorganisationen. Dies mit dem Ziel, dem EMG trotz Referendum möglichst breite Unterstützung zu garantieren. Dem am runden Tisch erarbeiteten EMV-Konsensvorschlag stimmte der Bundesrat im März 2002 zu, so dass noch vor der Parolenfassung durch die Parteien sowohl EMG als auch EMV vorlagen.

Dies zeigte jedoch nicht die erhoffte Wirkung: Sowohl die SP als auch die Grünen beschlossen an ihren Delegiertenversammlungen deutlich, das EMG abzulehnen.<sup>8</sup> Dies ist insofern bewerkenswert, als die SP-Fraktion dem Gesetz im Nationalrat noch deutlich zugestimmt hatte und sich sowohl die Geschäftsleitung der SP als auch der Parteivorstand der Grünen jeweils nur knapp mit einer Stimme Unterschied für das Referendum ausgesprochen hatten. Unterstützung fand das Referendum ausserdem bei der Christlichsozialen Partei, der Katholischen Volkspartei sowie den Schweizer Demokraten. Auf Verbandsebene fand das Referendum ausser bei den gewerkschaftlichen InitiantInnen kaum Anklang, sowohl der WWF als auch das Konsumentenforum befürworteten das EMG, Greenpeace und die Stiftung für Konsumentenschutz beschlossen die Stimmfreigabe. Aber auch die Wirtschafts- und Energieverbände sowie die Gebirgskantone setzten sich für eine Annahme des EMG ein.

In der Referendumsabstimmung vom 22. September 2002 wurde das Elektrizitätsmarktgesetz vom Volk dennoch mit einer knappen Mehrheit von 52.6 Prozent der Stimmen abgelehnt.

### 3.2 Die Wahrnehmung

Die Frage nach dem Inhalt des Elektrizitätsmarktgesetzes wurde klar vom Begriff der Liberalisierung dominiert: 37 Prozent aller Befragten nahmen darauf Bezug, bei denen, die an der Abstimmung teilnahmen, war es gar fast die Hälfte (47%). Weitere 15 Prozent aller Befragten setzten das EMG in einen Zusammenhang mit der Privatisierung. Dies erstaunt insofern, als das EMG eine Privatisierung der zu einem grossen Teil den Kantonen gehörenden Elektrizitätsgesellschaften gar nicht zum Thema hatte. Dass die Privatisierung dennoch einen grossen Widerhall fand, deutet auf eine abstimmungstaktisch erfolgreiche Verknüpfung von «Liberalisierung und Privatisierung» als negativ konnotierte Begriffe durch die Gegnerschaft des EMG hin (62% der Teilnehmenden, die den Bezug zur Privatisierung machten, lehnten das EMG ab). Etwas mehr als ein Fünftel der Befragten nahm Bezug auf die Folgen für den Elektrizitätsmarkt in der Schweiz; unter den Teilnehmenden gab es in dieser Kategorie mit 28 Prozent am zweitmeisten Nennungen. Es überwogen dabei die Bezüge auf die Öffnung des Marktes sowie auf die freie Marktwirtschaft. Nur wenig ins Gewicht fielen dagegen die von den EMG-Befürwortern in den Vordergrund gerückten Themen der freien Stromwahl sowie der positiven Auswirkungen auf den Strompreis. Ganz allgemein waren die Kenntnisse der Inhalte hoch. Von den Teilnehmenden wussten nur 8 Prozent kein Thema zu benennen, und immerhin knapp zwei Drittel der Nichtteilnehmenden konnten eine Inhaltsangabe machen.

<sup>8</sup> Abweichend SP GR: Ja.

Bezieht man andere Variablen in die Erklärung der Wahrnehmung mit ein, so fallen die regionalen Unterschiede am meisten ins Gewicht: Der Aspekt der Liberalisierung wurde in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz mit 56 resp. 63 Prozent deutlich stärker wahrgenommen als in der Deutschschweiz mit 32 Prozent. Dort war hingegen der Bezug auf die Folgen für den Elektrizitätsmarkt mit 29 Prozent wichtig; in der Romandie und der italienischsprachigen Schweiz wurde dieser Aspekt mit 12 Prozent beziehungsweise 3 Prozent kaum genannt. Hier zeigt sich, dass in der Westschweiz vor allem eine Grundsatzdebatte für oder wider die Liberalisierung geführt wurde.

Tabelle 3.1: Referendumsabstimmung «Elektrizitätsmarktgesetz» – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung (gewichtet)	Total % (n)	Nennungen in % der Teilnehmenden (n)	Nennungen in % der Nichtteilnehmenden (n)
Bezug auf Liberalisierung	37 (366)	47 (213)	28 (153)
Bezug auf Privatisierung	15 (151)	17 (75)	14 (76)
Bezug auf Folgen für Elektrizitätsmarkt	21 (213)	28 (124)	16 (90)
Davon Öffnung des Marktes	11 (107)	14 (62)	8 (45)
Davon Freie Marktwirtschaft	6 (56)	7 (31)	5 (25)
Bezug auf Kunden, Stromwahl, Strompreis	4 (35)	3 (14)	4 (21)
Allgemeines	4 (34)	3 (13)	4 (21)
Falsche / Unverständliche Angaben	4 (43)	3 (14)	5 (29)
Weiss nicht / keine Antwort	22 (222)	8 (34)	34 (188)
Total	107 (1064)	109 (487)	105 (578)

Weil Mehrfachnennungen möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Insgesamt wurden von 997 antwortenden Personen 1064 Nennungen angegeben.  
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

### 3.3 Das Abstimmungsprofil

Die Analyse des Abstimmungsprofils zeigt, dass politische und gesellschaftliche Merkmale Einfluss auf den Stimmentscheid hatten. So wurden die Parteiparolen mehrheitlich befolgt, vor allem von SympathisantInnen der SP und der FDP. Bei der SP widerspiegelt jedoch der relativ hohe Anteil von Ja-Stimmen von über 40 Prozent die Uneinigkeit innerhalb der Parteileitung. Die AnhängerInnen der FDP sprachen sich dagegen deutlich mit über drei Vierteln für das EMG aus. Zwei Drittel der SympathisantInnen der SVP wandten sich jedoch, entgegen der offiziellen Parteiparole, gegen das EMG. Dies, obwohl das Referendum von Seiten der Gewerkschaften und linker Parteien lanciert worden war. Das führte dazu, dass zwar die Parteisympathie, nicht aber die Selbsteinschätzung auf der Links/Rechts-Achse einen signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmverhalten ergab: Das EMG wurde sowohl auf linker wie auf rechter Seite verworfen. Auch das Vertrauen in die Regierung weist einen deutlichen Zusammenhang mit dem Stimmentscheid auf. Dies erstaunt insofern nicht, als das EMG ursprünglich von Bundesrat und Parlament ausgearbeitet wurde und sich daher Stimmende, die der Regierung misstrauten, gegen das Projekt stellten.

Aufschluss über das Abstimmungsprofil gibt ausserdem die Analyse der Wertpräferenzen: Besonders die Frage nach der Beibehaltung von Staatsbetrieben gegenüber privatisierten Gesellschaften polarisierte. Zwei Drittel der Stimmenden, die sich für eine staatliche Kontrolle von Post, SBB und Swisscom aussprachen, lehnten das EMG ab. Dagegen nahmen BefürworterInnen von Privatisierungen das EMG mit 78 Prozent der Stimmen an. Wie schon die Wahrnehmung der Inhalte zeigte, wurde das EMG vielfach als Vorreiter einer Privatisierung der «heiligen Kühe» Post und SBB angesehen und mit einem daraus folgenden Abbau des Service public in Verbindung gebracht. Den Erwartungen entsprach, dass die Mitgliedschaft in Gewerkschaften zu einem ablehnenden Entscheid beitrug. Die Mitgliedschaft in Konsumenten- oder Umweltschutzorganisationen dagegen hatte keinen signifikanten Einfluss auf den Stimmentscheid. Gleiches gilt auch für die Mitgliedschaft im Gewerbeverband, obwohl diese Organisation das «Ja» empfahl.

Tabelle 3.2: Referendumsabstimmung «Elektrizitätsmarktgesetz» – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien (gewichtet)	% nein <sup>a</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	53	503	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.25***
SP	58	103	
CVP	(55)	29	
FDP	23	63	
SVP	66	79	
Keine Partei	51	146	
<i>Regierungsvertrauen</i>			V = 0.22***
Vertrauen	39	186	
Misstrauen	63	216	
Weiss nicht / keine Antwort	54	100	
<i>Wertpräferenz Privatisierung Post, SBB, Swisscom</i>			V = 0.36***
Staatsbetriebe privatisieren	22	67	
Gemischte Wertvorstellungen	40	148	
Staatsbetriebe beibehalten	68	272	
<i>Wertpräferenz Staatseingriffe vs. Wettbewerb</i>			V = 0.21***
Mehr Staat	64	73	
Gemischte Wertvorstellungen	61	169	
Mehr Wettbewerb	42	229	
<i>Mitgliedschaft Gewerkschaften</i>			V = 0.11*
Aktiv / passiv / vorstellbar	61	136	
Nicht vorstellbar	49	358	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			n.s.
<i>Mitgliedschaft Konsumentenschutzorganisationen</i>			n.s.
<i>Mitgliedschaft Umweltschutzorganisationen</i>			n.s.
<i>Mitgliedschaft Gewerbeverband</i>			n.s.

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Bei den gesellschaftlichen Merkmalen spielten vor allem das Haushaltseinkommen und die damit korrelierenden Variablen Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation und Bildungsniveau eine Rolle. Stimmende mit sehr hohem Haushaltseinkommen, Personen mit Universitätsabschluss und solche, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als sehr gut bezeichneten, nahmen das EMG zu 67, 66 bzw. 61 Prozent an. Stimmende mit tiefem Bildungsabschluss und geringem Einkommen lehnten es dagegen deutlich ab. Aber auch regionale Unterschiede beeinflussten das Stimmverhalten: In der Westschweiz wurde das EMG mit über 60 Prozent Neinstimmen deutlich verworfen, während es in der Deutschschweiz knapp angenommen wurde. Ausserdem wurde das EMG von jüngeren Stimmenden sowie von Männern mehrheitlich angenommen, während sich ältere Stimmende und Frauen dagegen aussprachen.

Tabelle 3.3: Referendumsabstimmung «Elektrizitätsmarktgesetz» – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmale/Kategorien (gewichtet)	% nein <sup>a</sup>	(n)	Korrelationskoeffizient <sup>a</sup>
Total VOX (gewichtet)	53	503	
<i>Haushaltseinkommen</i>			V = 0.25***
unter 3000	(64)	42	
3000 bis 5000	67	124	
5000 bis 7000	55	112	
7000 bis 9000	49	79	
über 9000	33	91	
<i>Einschätzung persönl. wirtschaftliche Situation</i>			V = 0.21***
sehr gut	39	74	
gut	48	263	
recht	64	135	
schlecht / sehr schlecht	(78)	27	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.19**
Obligatorische Schulzeit	69	62	
Berufslehre	56	210	
Matur/Lehrerseminar	(47)	49	
Fachschule	49	51	
Fachhochschule	53	60	
Universität	34	68	
<i>Sprachregion</i>			V = 0.13*
Deutschschweiz	49	353	
Romandie	63	125	
Italienischsprachige Schweiz	(60)	25	
<i>Alter</i>			V = 0.12*
18 bis 39 Jahre	44	142	
40 bis 64 Jahre	53	242	
65 bis 84 Jahre	61	118	
<i>Geschlecht</i>			V = 0.11*
Mann	47	261	
Frau	59	241	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Analysiert man die Wirkung von politischen und soziodemographischen Merkmalen anhand einer multivariaten Regression, so bleiben als voneinander unabhängige Hauptmerkmale nur das Regierungsvertrauen sowie die Frage der Privatisierung von Staatsbetrieben bestehen. Das EMG wurde demnach vor allem von PrivatisierungsgegnerInnen und von Stimmenden mit wenig Regierungsvertrauen verworfen. Wer waren nun diese Gruppen? Bei den GegnerInnen von Privatisierungen handelt es sich meist um Personen mit tiefer Bildung und geringem Einkommen sowie um ältere Stimmberechtigte. Bei ihnen lässt sich die Ablehnung von Privatisierungen mit der Besorgnis um die Grundversorgung erklären. Aber auch die Stimmberechtigten aus der italienisch- und der französisch-sprachigen Schweiz sprachen sich viel deutlicher für eine Beibehaltung von Staatsbetrieben aus als diejenigen in der Deutschschweiz. Hier handelt es sich vermutlich um ein in der Romandie bereits bei früheren Abstimmungen ersichtlich gewordenes generell höheres Vertrauen in die Tätigkeiten des Staates.<sup>9</sup>

Das Vertrauen in die Regierung auf der anderen Seite lässt sich an politischen Faktoren festmachen: Die SympathisantInnen der SVP zeigten zu 70 Prozent kein Regierungsvertrauen, mehr als doppelt soviel wie bei den anderen Bundesratsparteien. Dies widerspiegelt die aus ihrer Sicht mangelnde Vertretung in der Regierung und entwickelte sich beim EMG zu einem Reflex gegen die Kompromisslösung des Bundes.

### 3.4 Die Entscheidungsmotive

Bei den Entscheidungsmotiven wurden mit einer offen gestellten Frage die spontan für den Stimmentscheid angegebenen Motive der Befürworter bzw. Gegnerschaft erfasst. Von den Ja-Stimmenden wurden neben allgemeinen Äusserungen (24%) der Wettbewerbsvorteil bzw. die Strompreissenkung (18%) sowie die Liberalisierung und Öffnung am häufigsten genannt (19%). Weitere 9 Prozent waren der Überzeugung, dass die Liberalisierung sowieso nicht zu verhindern sei. Auffallend ist die geringe Relevanz der ökologischen Motive, trotz des Arguments der Förderung der einheimischen Wasserkraft durch das EMG. Das Motiv der Sicherung der Stromversorgung spielte unter den spontan genannten Gründen eine Doppelrolle: Einerseits wurde es von 8 Prozent der Ja-Stimmenden angegeben, die das EMG als Garantie für die Versorgungssicherheit ansahen, andererseits nannten auch 10 Prozent der Nein-Stimmenden das Motiv der Versorgungssicherheit, aber unter dem Vorzeichen, dass diese durch das EMG gerade nicht gewährleistet werde.

Generell überwogen auch bei den GegnerInnen die wirtschaftlichen Motive: Insgesamt 24 Prozent sprachen sich gegen Liberalisierung und Privatisierung aus und 15 Prozent fürchteten Wettbewerbsnachteile und steigende Preise. 13 Prozent der Nein-Stimmenden sprachen sich ausserdem für die Beibehaltung des Status quo aus. Dieses Argument – dass das EMG eine funktionierende und gute Stromversorgung antaste – wurde von der Gegnerschaft der Vorlage vor allem als Grundsatzopposition gegen die Neuregelung des

<sup>9</sup> Beispiele dafür sind die deutlichen Annahmen der Mutterschaftsversicherung (13.6.1999) und der AHV-Initiativen (26.11.2000) sowie die klar schwächere Unterstützung des Bundespersonalgesetzes (26.11.2000).

Strommarktes ins Feld geführt und gut aufgenommen. Sowohl bei den BefürworterInnen als auch bei der Gegnerschaft gab es einen bedeutenden Anteil von anderen Motiven, darunter Bezüge auf PolitikerInnen und Parteien, welche als Begründung genannt wurden.

In der Deutschschweiz wurden bei den Nein-Motiven die Versorgungssicherheit, die Beibehaltung des Status quo sowie befürchtete Wettbewerbsnachteile deutlich häufiger genannt als in der Romandie, wo es dafür zu viel mehr Nennungen von anderen oder allgemeinen Motiven gegen das EMG kam. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die starke Fundamentalkritik am EMG in der Westschweiz, was sich vermutlich in einer Ablehnung ohne klar definiertem Grund äusserte. Schon das Abstimmungsprofil zeigte, dass in der Romandie eine grössere allgemeine Skepsis gegenüber Privatisierungen herrscht und die Sicherung der Grundversorgung eher in die Hände des Staates gelegt wird.

Tabelle 3.4: Referendumsabstimmung «Elektrizitätsmarktgesetz» – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (n)
<b>JA-Stimmende</b>	
Liberalisierung, Öffnung, Anpassung an EU	19 (35)
Liberalisierung passiert sowieso, ist nicht zu verhindern	9 (17)
Für Versorgungssicherheit, Service public	8 (15)
Ökologische Gründe, Förderung alternativer Energien	2 (4)
Wegen Wettbewerbsvorteilen, Strompreissenkung	18 (32)
Allgemeine Äusserungen	24 (43)
Anderes (Andere Bezüge, Personen, Parteien)	11 (19)
Weiss nicht, keine Antwort, falscher Grund	9 (17)
<b>Total</b>	<b>100 (182)</b>
<b>NEIN-Stimmende</b>	
Versorgungssicherheit nicht gewährleistet, Resultat unsicher	10 (33)
Für Beibehaltung Status quo	13 (42)
Gegen Privatisierung	14 (44)
Gegen Liberalisierung	10 (32)
Wegen Wettbewerbsnachteilen, steigenden Preisen	15 (46)
Bezug auf Wirtschaftslage, Konkurse	3 (8)
Allgemeines (ist zu kompliziert, bürokratisch, etc.)	10 (31)
Anderes (Andere Bezüge, Personen, Parteien)	22 (69)
Weiss nicht, keine Antwort, falscher Grund	3 (11)
<b>Total</b>	<b>100 (316)</b>

Es waren zwei Antworten möglich, Insgesamt haben 182/316 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. In der Tabelle sind nur die Erstnennungen aufgeführt.  
© IPZ / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

Tabella 3.5: Referendumsabstimmung «Elektrizitätsmarktgesetz» – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Einver- standen	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht, k.A.	Konsistenz <sup>a</sup>
<b>Pro-Argumente</b>					
«Das EMG gibt der Öffnung und dem Wettbewerb im Strommarkt klare Leitplanken, die eine unkontrollierte Liberalisierung verhindern»	Total	50	29	21	70
	Ja	74	11	15	
	Nein	28	45	27	
«Mit dem EMG werden die Strompreise transparent. Die Konsumenten können dann selber vergleichen»	Total	53	32	15	70
	Ja	79	11	10	
	Nein	30	51	19	
«Das EMG ist ökologisch sinnvoll, weil es die Wasserkraft und andere erneuerbare Energien fördert»	Total	58	25	17	66
	Ja	80	10	10	
	Nein	38	40	22	
<b>Kontra-Argumente</b>					
«Vom EMG profitieren nur die Grossverbraucher. Für die Kleinbezüger werden die Preise wie im Ausland steigen»	Total	51	32	17	77
	Ja	25	57	18	
	Nein	74	10	16	
«Das EMG setzt die Versorgungssicherheit in der Schweiz unnötigerweise aufs Spiel»	Total	33	51	16	83
	Ja	12	76	12	
	Nein	51	29	20	
«Das EMG öffnet die Tür zum Abbau vom Service public und zu weiteren Liberalisierungen bei der Post und der SBB»	Total	49	35	16	64
	Ja	37	46	17	
	Nein	59	25	16	
«Das Elektrizitätsmarktgesetz ist gar nicht nötig»	Total	38	45	17	82
	Ja	15	69	16	
	Nein	58	24	18	

Resultate in Linienprozenten, Lesebeispiel: 50% aller Stimmenden (74% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 29% (11%) lehnten es ab und 21% (15%) konnten sich nicht entscheiden oder gaben keine Antwort.  
n: Gesamtheit der Stimmenden = 503.  
<sup>a</sup> Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.  
© IPZ / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002.

### 3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Die Analyse der Pro- und Kontra-Argumente zum EMG zeigt erstaunliche Resultate: Obwohl das EMG an der Urne von einer Mehrheit verworfen wurde, stimmte mehr als die Hälfte der Stimmenden den drei Pro-Argumenten zu. Am meisten Zustimmung (58%) erhielt das Argument, das EMG sei auf Grund der Förderung der Wasserkraft und anderer erneuerbarer Energien ökologisch sinnvoll. Dass dieses Argument aber sowohl bei der Wahrnehmung der Inhalte als auch den Entscheidungsmotiven praktisch nicht genannt wurde, weist darauf hin, dass es von den Dimensionen der Marktliberalisierung und der Sicherung des Service public in den Hintergrund gedrängt wurde. Das Argument, die Strompreise würden mit dem EMG transparent und vergleichbar, fand die Zustimmung von 53 Prozent der Stimmenden, und das Argument, das EMG gebe der

Öffnung des Strommarktes klare Leitplanken, wurde von der Hälfte der Stimmenden unterstützt. 74 Prozent bis 80 Prozent der Ja-Stimmenden erklärten sich mit den Pro-Argumenten einverstanden, dagegen gab ein grosser Teil der Nein-Stimmenden keine Antwort (zwischen 19% und 27%) oder stimmte den Argumenten sogar zu (zwischen 28% und 38%).

Die Kontra-Argumente fanden keine oder in einem Fall eine nur sehr knappe Unterstützung der Stimmenden. Mit 51 resp. 49 Prozent die höchste Zustimmung erzielten die Argumente, das EMG nütze nur den Grossverbrauchern und es öffne die Tür zum Abbau von Service public. Die Verhaltenskonsistenz lag jedoch mit nur 64 Prozent bei letzterem nicht sehr hoch, weil auch 37% der Ja-Stimmenden dem Argument zustimmten. Ein Erklärungsansatz für diesen scheinbaren Widerspruch ist, dass dieses Argument für Personen, welche die Liberalisierung als Chance sehen und daher ein Ja in die Urne gelegt haben, kein eindeutiges Kontra-Argument darstellt. Mit den Argumenten, das EMG setze die Versorgungssicherheit aufs Spiel und es sei gar nicht nötig, erklärten sich dagegen nur 33 resp. 38 Prozent der Stimmenden einverstanden. Die Ja-Stimmenden stellten sich hier deutlich dagegen, was sich in einer hohen Verhaltenskonsistenz von 83 resp. 82 Prozent ausdrückt.

Wie lässt sich dieses Resultat erklären? Wie die Entscheidungsmotive zeigten, nannten insgesamt 35 Prozent der Nein-Stimmenden allgemeine, andere oder keine Motive für ihren Stimmenscheid. Diese Tendenz setzte sich bei den Argumenten fort: Vor allem bei den Pro-Argumenten gaben die Nein-Stimmenden deutlich mehr «weiss nicht»-Antworten als die Ja-Stimmenden; es fiel den GegnerInnen schwer, die Pro-Argumente einzuordnen und sich ein Urteil darüber zu bilden, während sich die Ja-Stimmenden viel klarer aussprachen. Die Opposition gegen die Pro-Argumente ist folglich nicht unbedingt ausschlaggebend für den Nein-Entscheid gewesen.

Der Grund für das Nein muss eher bei den Gegenargumenten gesucht werden. Dies obwohl die Gegenargumente mit Ausnahme der Preissteigerung für Kleinbezüger von nur knapp mehr als der Hälfte der Nein-Stimmenden unterstützt wurden. Es gibt hier zwei mögliche Erklärungsansätze: Einerseits die Vermutung, dass ein Grossteil der Nein-Stimmenden eine grundsätzliche Opposition gegen das EMG richtete. Für diese Fundamentalkritiker waren die einzelnen Nein-Argumente nicht relevant für den Entscheid. Eine zweite Vermutung ist, dass die EMG-Gegnerschaft verschiedene Lager mit unterschiedlichen Ablehnungsgründen umfasste. Alleine war jedes Lager in der Minderheit, zusammengenommen aber brachten sie das EMG zu Fall. Auch dies würde den gleichmässig schwachen Anklang der Gegenargumente erklären.



## 4. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 22. September 2002 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 43 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Befragung extern und ohne Vorankündigung zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 1994 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen, aktualisierten Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtstagsprinzip». Die Stichprobe betrug 1003 Personen, davon stammten 703 Befragte (70%) aus der Deutschschweiz, 240 (24%) aus der Westschweiz und 60 (6%) aus der italienischsprachigen Schweiz. Mit Nichtteilnehmenden wurde nur ein Teil des Interviews durchgeführt. Die Verweigerungsquote belief sich auf 68 Prozent; d.h. 32 Prozent der ursprünglich geplanten Interviews konnten durchgeführt und verwendet werden.

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet. Die Abweichungen bei den Altersklassen und dem Geschlecht betragen maximal 3 Prozent, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Wie immer sind die an der Abstimmung Teilnehmenden überrepräsentiert (+15%), jedoch bewegt sich die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung im Rahmen früherer VOX-Analysen. In der Umfrage ist der Anteil der Befragten, welche angaben, der Goldinitiative zugestimmt zu haben, um 7 Prozentpunkte, beim Gegenentwurf um 4 Prozent und beim EMG gar um 10 Prozentpunkte zu tief ausgefallen. Die Untervertretung der AbstimmungsverliererInnen hängt mit dem sog. Bekennereffekt, d.h., dem Umstand, dass man die Zugehörigkeit zu den AbstimmungsverliererInnen ungern in einer Interviewsituation bekennt, zusammen.

Wir haben, wie seit der VOX-Analyse Nr. 70 üblich, für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet. Gewichtet wurde dort, wo sich die Untersuchungsvariable jeweils auf Ja- und Nein-Stimmende bzw. auf Teilnehmende und Nichtteilnehmende bezog.

Die Grösse der Stichprobe (1003 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von  $\pm 3,1$  Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den gut 605 AbstimmungsteilnehmerInnen in der vorliegenden Untersuchung auf  $\pm 4,0$ . Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf  $\pm 3,7$  und bei 80%:20% auf  $\pm 3,2$ ). Vorsicht bei der Interpretation von Daten ist also dort geboten, wo die Subsamples klein sind und

die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist. In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet \* eine Signifikanz von unter 0,05, \*\* eine solche von unter 0,01 und \*\*\* eine solche unter 0,001. Im letzteren Fall bedeutet dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter einem Promille liegt und demnach der Zusammenhang als sehr hoch signifikant bezeichnet werden kann. Alle Werte, die eine Signifikanz von über 0,05 haben, sind gemäss statistischer Konvention als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet werden.

## 5. Hauptresultate der Abstimmungsanalyse vom 22. September 2002

Am 22. September 2002 hatten die Stimmberechtigten über zwei Vorlagen zu befinden: Einerseits über die von der SVP eingereichte Initiative zur Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank für den AHV-Fonds (Goldinitiative) und den damit verbundenen Gegenentwurf des Bundes («Gold für AHV, Kantone und Stiftung»), andererseits über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Bei der ersten Vorlage waren gleich drei Abstimmungsfragen zu beantworten: Erstens die Frage nach der Annahme der Goldinitiative, zweitens die Frage nach der Annahme des Gegenvorschlages, und drittens die Stichfrage für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen worden wären. Alle Vorlagen wurden abgelehnt – wenn auch denkbar knapp.

Die Stimmbeteiligung lag mit 44,9 Prozent etwas über dem Durchschnitt der 90er Jahre (43%). Die Debatte um die inskünftige Verwendung der Nationalbankreserven wurde teilweise heftig geführt. Die SVP als Urheber der Goldinitiative machte insbesondere gegen die geplante Solidaritätsstiftung mobil, welche in ihren Augen das Ergebnis von Erpressungsversuchen aus dem Ausland war. Wenig erstaunlich vermochte sich deshalb eine deutliche Mehrheit der Stimmenden (88%) an das Abstimmungsthema der Goldinitiative zu erinnern. Der Gegenentwurf blieb hingegen nur 45 Prozent der Stimmenden in Erinnerung, obwohl die Grundfrage, nämlich die Verwendung der überschüssigen Goldreserven, die gleiche war wie bei der Goldinitiative. An das Thema des EMG konnten sich mehr als zwei Drittel der Stimmenden (67%) erinnern. Allen drei Vorlagen wurde eine unterdurchschnittliche nationale Bedeutung zugesprochen, wobei die Befragten der Goldinitiative sowohl für sich selbst wie auch für das Land eine höhere Bedeu-

<sup>10</sup> Siehe hierzu: Golder, L. et al.: Technischer Bericht zur VOX-Analyse 78, GfS-Forschungsinstitut 2002.

tung zumassen als dem Gegenentwurf. Der Entscheid fiel den Stimmenden bei der Goldinitiative und dem Gegenentwurf leichter als beim EMG. Dies hängt wohl mit der höheren materiellen Komplexität des EMG zusammen.

## Die Goldinitiative und der Gegenentwurf des Bundes

Der Graben zwischen der Befürworterschaft und der Gegnerschaft beider Vorlagen verlief entlang den politischen Konfliktlinien. Stimmende, welche sich politisch links einstuften, und SP-SympathisantInnen haben den Gegenentwurf massiv angenommen bzw. die Goldinitiative deutlich verworfen. Auf starke Ablehnung stiess der Gegenentwurf bei der Anhängerschaft der SVP und bei Stimmenden, welche sich politisch rechts einstuften. Diese stimmten der Goldinitiative hingegen mehrheitlich zu. Der ideologisch geprägte Konfliktcharakter der Abstimmung spiegelt sich auch in den Einstellungen zur Öffnungsfrage wider: Wer sich für eine vermehrte Öffnung der Schweiz gegen aussen hin aussprach, verwarf die Goldinitiative mehrheitlich (63%). Wer einer vermehrten Öffnung gegen aussen hin eher skeptisch oder gar ablehnend gegenübersteht, legte jedoch mehrheitlich ein Ja zur Goldinitiative und ein Nein zum Gegenentwurf in die Urne. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen wirkte sich weniger stark auf den Stimmentscheid aus als die politischen Merkmale. Dies wird auch bei der Analyse der Doppel-Nein-Stimmenden deutlich: Ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Doppel-Nein-Stimmenden findet sich einzig bei der CVP- und FDP-Anhängerschaft sowie bei denjenigen, welche sich rechts von der Mitte einstuften. Der geringe Anteil von Doppel-Ja-Stimmenden bei der SP deutet auf einen ideologisch aufgeladenen Abstimmungskampf hin: Offenbar wollte oder konnte man auf Seiten der SP den Stimmentscheid zur SVP-Goldinitiative nicht losgelöst von ihrer Herkunft sehen.

Bei der Analyse der Stimmotive wird deutlich, dass die Haltung zur Solidaritätsstiftung den Stimmentscheid stark beeinflusste. Fast die Hälfte (47%) der zum Gegenentwurf Nein-Stimmenden begründete ihren Entscheid mit der Ablehnung der Solidaritätsstiftung. Dieselbe Begründung wurde auch von 24 Prozent der Befürworterschaft der SVP-Goldinitiative als Ja-Motiv angeführt, obwohl die Solidaritätsstiftung nicht Bestandteil der Vorlage war. Ein weiteres Motiv, welches sowohl von der Gegnerschaft wie auch von der Befürworterschaft beider Vorlagen häufig genannt wurde, war der Verwendungsmodus. 22 Prozent der zur Goldinitiative Nein-Stimmenden bemängelten die Einseitigkeit der Verwendung zugunsten der AHV. Bei der Befürworterschaft des Gegenentwurfs wurde hingegen die Verteilung am häufigsten als Motiv für den positiven Stimmentscheid angeführt. Kaum jemand begründete jedoch seinen Stimmentscheid mit dem Argument, den Kantonen mehr als ein Drittel der Nationalbankgewinne zukommen zu lassen.

Inhaltlich stark polarisiert haben die Argumente gegen die Solidaritätsstiftung. Zudem stehen sie auch am stärksten mit dem Stimmverhalten in Einklang. 81 Prozent derjenigen, welche glaubten, dass es sich beim Gegenentwurf um eine versteckte Einführung der Solidaritätsstiftung handle, verwarfen die Vorlage auch. Bei keinem anderen Argument

ist diese Verhaltenskonsistenz höher. Das Sparargument, wonach mit dem Gegenentwurf das Goldvermögen in seiner Substanz erhalten bliebe, wie auch das Argument, wonach die SVP-Goldinitiative die Probleme der AHV nicht löse, erfuhren eine hohe Zustimmung seitens aller Stimmenden, motivierten aber offenbar nicht den Stimmentscheid. Die Doppel-Nein-Stimmenden fanden alle anderen Kontra-Argumente überzeugender als die beiden Doppel-Nein-Argumente, wonach die Goldreserven für den Schuldenabbau verwendet werden sollten und wonach weder Goldinitiative noch Gegenentwurf den Kantonen geben würden, was ihnen zustehe: nämlich zwei Drittel der Nationalbankgewinne. Dies wie auch die Analyse der Stimmotive deuten darauf hin, dass die Doppel-Nein-Argumente beim Stimmentscheid eine sehr geringe Rolle spielten.

Schliesslich wurde in der Umfrage auch die Akzeptanz der Stimmenden zu vier Verwendungsvorschlägen – zur Finanzierung der AHV, zur Finanzierung des Bildungswesens, zum Schuldenabbau und als Beiträge an die Kantone – untersucht. Dabei konnten die Stimmenden angeben, ob sie eine vollständige, mehrheitliche, minderheitliche oder gar keine Verwendung für den jeweiligen Zweck bevorzugen. Die Analyse zeigt, dass eine vollständige Verwendung der Nationalbankreserven für nur einen Zweck nicht den Vorstellungen der Stimmenden entspricht. Für eine vollständige Verwendung der überschüssigen Reserven zur Finanzierung der AHV sprachen sich nur 18 Prozent der Stimmenden aus. Bei den anderen drei Verwendungsvorschlägen liegt dieser Anteil noch tiefer. Hingegen ist die Zustimmung für eine Kompromisslösung, also eine mehrheitliche oder minderheitliche Verwendung, bei allen Verwendungsvorschlägen am grössten. Dies deutet darauf hin, dass der Gegenentwurf nicht an seinem Kompromisscharakter scheiterte. Bei keinem Verwendungsvorschlag findet sich zudem eine Mehrheit von Stimmenden, welche ganz auf eine Verwendung verzichten möchte: Nur 13 Prozent der Stimmenden wollten die Nationalbankreserven in keiner Form für die Finanzierung der AHV verwenden. Für die Finanzierung des Bildungswesens und für einen Beitrag an die Kantone beträgt der Anteil jeweils 19 Prozent, für den Schuldenabbau 38 Prozent.

## Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Obwohl die Befürworterschaft bemüht war, die freie Stromwahl sowie die positiven Auswirkungen auf den Strompreis in den Vordergrund zu rücken, wurde von den Befragten hauptsächlich der Aspekt der Liberalisierung und der Privatisierung – letzteres war gar nicht Thema des EMG – wahrgenommen. Die Liberalisierung wurde zudem in der französischen Schweiz, wo das EMG deutlich abgelehnt wurde, weitaus stärker wahrgenommen als in der Deutschschweiz.

Abgelehnt wurde das EMG vor allem von den PrivatisierungsgegnerInnen und von Stimmenden mit geringem Regierungsvertrauen. Bei den ersten handelt es sich meist um Personen mit tiefer Bildung und tiefem Einkommen sowie um ältere Stimmberechtigte. Zudem sprachen sich in der Romandie die Stimmberechtigten viel deutlicher für eine Beibehaltung von Staatsbetrieben aus als in der Deutschschweiz, was wohl auf ein generell

höheres Vertrauen in die Tätigkeiten des Staates in der französischen Schweiz zurückzuführen ist. Geringes Regierungsvertrauen – der zweite bestimmende Faktor für den Stimmentscheid – lässt sich an politischen Determinanten festmachen. Die SympathisantInnen der SVP zeigten zu 70 Prozent kein Regierungsvertrauen, mehr als doppelt so viel wie bei den anderen Bundesratsparteien.

Bei den GegnerInnen des EMG überwogen die wirtschaftlichen Motive. 24 Prozent sprachen sich gegen Liberalisierung und Privatisierung aus und weitere 15 Prozent befürchteten Wettbewerbsnachteile und steigende Preise. 13 Prozent sahen nicht ein, weshalb die bestehende Rechtslage geändert werden sollte und sprachen sich für den Status quo aus. Bei den BefürworterInnen des EMG wurden häufig dieselben Motive genannt wie bei den GegnerInnen, aber mit einer positiven Konnotation. 19 Prozent sprachen sich zugunsten einer Liberalisierung aus und weitere 9 Prozent hielten sie ohnehin für unvermeidlich. 18 Prozent befürworteten das EMG, weil sie sich von ihm Wettbewerbsvorteile und Preissenkungen versprachen. Auffallend ist die geringe Relevanz der ökologischen Motive.

## Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung der Volksabstimmung vom 22.9.2002. Die Befragung wurde vom GfS-Forschungsinstitut in den zwei der Abstimmung folgenden Wochen durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 43 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1003 stimmberechtigte Personen, davon kamen 703 (70%) aus der Deutschschweiz, 240 (24%) aus der Westschweiz und 60 (6%) aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei +/-3,1 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Subsamples klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des grösseren Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.